

N i e d e r s c h r i f t

zur Bürgerinformation zum Ausbau der Oberschlesier Straße

Stadtbezirk:	Münster - Mitte
Anlass:	Ausbau der Oberschlesier Straße zwischen Inselbogen und Gut Insel
Zeit:	Mittwoch, den 05. Februar 2014, 18:00 Uhr
Ort:	Aula der Geistschule
Teilnehmende:	15 Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der Politik
Leitung der Bürgeranhörung:	Herr Fischer-Baumeister, Bezirksbürgermeister der Bezirksvertretung Münster-Mitte
Vertretung der Verwaltung:	Herr Böhme und Frau Scholze, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Herr Reloe, Frau Kramer und Herr Niehoff, Tiefbauamt
Weitere Teilnehmer:	Herr Kischka und Herr Mensing, Stadtwerke Münster GmbH

Eröffnung

Herr Fischer-Baumeister begrüßt die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter aus der Politik und der Verwaltung. Ferner informiert er über den geplanten Ablauf der Veranstaltung.

Vorstellung der Planungen

Herr Böhme legt zunächst kurz den Anlass für die geplante Baumaßnahme dar. Im Anschluss geht er auf die Bestandssituation ein und erläutert die Straßenplanung:

- Die Oberschlesier Straße wird nach dem Kanalbau entsprechend des heutigen Erscheinungsbildes wieder mit beidseitigen Gehwegen wiederhergestellt.
- Es ist davon auszugehen, dass das aufgesattelte Parken in der Oberschlesier Straße nicht zu vermeiden ist, daher werden Rundbordsteine eingebaut.
- Auf die bauliche Sperre zwischen Nr. 29 und 31 kann nicht verzichtet werden. Der Sperrpfeil auf der Fahrbahn wird mit einer 3,00 m Pfeilmarkierung gesichert.
- In der Stichstraße, vor den Häusern 2-6, werden fünf Stellplätze in der Grünfläche angelegt und drei Fahrradabstellbühnen im Bereich der Zierkirsche aufgestellt.

Frau Kramer stellt die Ergebnisse des Baugrundgutachtens und die Kanalplanung vor. Sie erläutert, dass:

- der Regenwasserkanal enorme Schäden aufweist und erneuert werden muss
- ein neuer Schmutzwasserkanal und ein neuer Regenwasserkanal in der Stichstraße verlegt wird
- die Stadtwerke die Wasser- und Stromversorgungsleitungen von den östlichen in die westlichen Nebenanlagen verlegen und die Anschlussleitungen anpassen müssen
- die Fahrbahn und die Nebenanlagen keinen frostsicheren Aufbau aufweisen und nicht ausreichend tragfähig sind.

Im Anschluss an diese Ausführungen erklärt Herr Reloe den Anwesenden die Abrechnungsgrundlagen zu den Beiträgen nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG):

- Von den Gesamtkosten für die Straßenwiederherstellung werden die Kosten für die Straßenwiederherstellung im Bereich des Kanalbaus und der Stadtwerke abgezogen. Als Ergebnis erhält man die beitragsfähigen Gesamtkosten für die KAG-Beiträge (ca. 265.500 Euro).
- Da die Oberschlesier Straße als Anliegerstraße eingestuft wird, übernehmen 80 % der beitragsfähigen Gesamtkosten die Grundstückseigentümer, die restlichen 20 % trägt die Stadt Münster.

Herr Reloe weist daraufhin, dass unter Voraussetzung der Beschlussfassung im März 2014 mit dem Kanalbau im Herbst 2014 begonnen werden soll und geplant ist, den Straßenbau im Frühjahr / Sommer 2015 zu realisieren. Er zeigt auch auf, dass die Anwohner mit Behinderungen während der Baumaßnahme, die zeitweise unter Vollsperrung erfolgen muss, rechnen müssen.

Im Anschluss an die Ausführungen der Verwaltung bittet Herr Fischer-Baumeister die Anwesenden um Anmerkungen und Fragen:

Fragen der Bürgerinnen und Bürger

- Mehrere Bürger fragen, ob alle Voraussetzungen für die Abrechnung nach dem KAG gegeben sind? Bei ihnen entsteht der Eindruck, dass die Kanalsanierung zwar notwendig ist aber die Verwaltung Gründe sucht, um die Anlieger an den Kosten zu beteiligen.
 - > Herr Reloe erklärt, dass das Bodengutachten aufzeigt, dass gegenwärtig kein frostsicherer Aufbau bei den Nebenanlagen und der Fahrbahn vorhanden ist. Im Zuge der Straßenwiederherstellung wird dies aber realisiert, daher ist eine Verbesserung der Straße gegeben und die Voraussetzungen, die Maßnahme nach KAG abzurechnen, sind erfüllt. Durch den Kanalbau und die Arbeiten an den Versorgungsleitungen wird das unterirdische Gefüge zerstört. Der alte und der neue Baukörper lassen sich aufgrund der Bodenbeschaffenheit technisch nicht vernünftig miteinander verbinden, so dass mit Setzungsrissen zu rechnen ist. Die Baufirmen übernehmen bei dieser Methode der Straßenwiederherstellung keine Gewährleistung und ein Vollausbau der Straße ist spätestens in 5-10 Jahren notwendig.
- Ein Bürger regt an, in der Grünfläche vor den Häusern 2-6 mehrere Stellplätze in Form von Schrägparken einzurichten, so dass nicht mehr auf dem Gehweg aufgesattelt geparkt wird. Vor den Häusern 1-7 stehen teilweise Fahrräder, Kinderanhänger auf dem Gehweg und folglich kann dieser nur eingeschränkt genutzt werden.
 - > Herr Böhme erläutert, dass im Vorfeld geprüft wurde, ob es sinnvoll ist, einen Teil der Grünfläche als Parkfläche zu nutzen. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile wurde diese Variante verworfen.
- Mehrere Bürger merken an, dass durch die Schüler des Berufskollegs zwischen 7:30 und 14:00 Uhr ein hoher Parkdruck in der Straße besteht. Einige Kfz werden mit geringem Abstand zu den anderen Kfz abgestellt, so dass es beim Ausparken zu Konflikten kommt. Die Anwohner bemängeln das Benehmen der Schüler gegenüber ihnen. Oft wird im 5m-Kurvenbereich geparkt. Die Anwohner fragen nach einer Anwohnerregelung für das Parken.
 - > Herr Böhme erläutert die Regelungen zum Bewohnerparken. Die Grenzen der bestehenden Bewohnerparkzonen wurden nach umfangreichen Bürgeranhörungen durch den Rat der Stadt Münster festgelegt. In Bewohnerparkzonen dürfen nicht mehr als 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Parkfläche für Bewohner reserviert werden und der Bewohnerparkausweis beinhaltet keine Garantie auf einen Stellplatz in der Bewohnerparkzone. Das Ordnungsamt muss den Bereich verstärkt kontrollieren und ggf. Strafzettel verteilen. Das Instrument der Parkvorrechte für Anwohner ist mit einem hohen Aufwand verbunden, schafft gewisse Parkerleichterungen für die Anwohner und erschwert den anderen die Parkplatzsuche, was zu entsprechenden Verdrängungen führt. Deshalb müsste die Anwohnerparkzone in einem größeren Bereich etwa zwischen Kappenberger Damm und Hammer Straße eingerichtet werden, was jedoch nicht zu empfehlen ist.
- Eine Bürgerin fragt, ob Vermieter die KAG-Beiträge auf die Mieter umlegen können?

- > Herr Reloe erklärt, dass die KAG-Beiträge, die der Vermieter aufgrund der Straßenbaumaßnahme bezahlt, vom Vermieter nicht direkt auf die Mieter umgelegt werden dürfen.
- Ein Bürger erkundigt sich nach den Kosten der Baumaßnahme. Sind die 265.000 Euro die Gesamtkosten der Baumaßnahme? Warum hat man beim Einholen des Beschlusses für die Kanalsanierung (April 2013) noch nicht gewusst, dass die Maßnahme nach KAG abgerechnet wird?
 - > Herr Reloe erläutert, dass die 265.000 Euro die beitragsfähigen Gesamtkosten für die Abrechnung nach dem KAG sind. D.h. die Kosten für die Arbeiten an den Schmutz- und Regenwasserkanälen sowie an den Versorgungsleitungen wurden davon schon abgezogen. Im März 2013 war die Verwaltung optimistisch und hoffte die Kanalbauarbeiten durchzuführen sowie die geöffnete Trasse wieder zu schließen. Das Baugrundgutachten vom Mai 2013 zeigte leider auf, dass weder Fahrbahn noch Nebenanlagen einen frostsicheren Aufbau besitzen.
- Ein Bürger regt an, das Verkehrszeichen 357 (vor Hausnr. 20) zu versetzen.
 - > Herr Böhme erklärt, dass das Verkehrszeichen 357 zukünftig bordsteinnah aufgestellt wird, damit werden die Gehwegnutzung und Ausfahrtssituation aus der Garage von Hausnr. 20 optimiert.
- Eine Bürgerin fragt, ob der Kanal auch im weiteren Verlauf der Oberschlesier Straße noch saniert werden muss?
 - > Herr Reloe legt dar, dass der Kanal nur in diesem Abschnitt der Oberschlesier Straße erneuert werden muss.
- Ein Bürger erkundigt sich, ob der Parkstreifen befestigt oder unbefestigt ausgebildet wird und warum Fahrradbügel aufgestellt werden.
 - > Herr Böhme erklärt, dass der Parkstreifen befestigt wird. Damit die Zierkirsche erhalten werden kann, muss in diesem Bereich der Parkstreifen unterbrochen werden und es entsteht eine kleine Restfläche. Hierauf werden drei Fahrradabwehrbügel für Bewohner und Besucher aufgestellt.
- Eine Bürgerin fragt, ob innerhalb der Häuser größere Arbeiten an den Hausanschlüssen gemacht werden?
 - > Herr Kischka erklärt, dass die Kollegen schon 1-2 Mal in die Gebäude müssen, aber größere Arbeiten werden nicht gemacht.
- Mehrere Bürgerinnen und Bürger regen an, eine Verkehrsführung einzurichten, die das Viertel beruhigt.
 - > Die Verwaltung wird den Vorschlag prüfen.

Ende der Veranstaltung

Herr Fischer-Baumeister bedankt sich bei den Vertretern der Verwaltung für die Vorstellung der Planung sowie für die Anmerkungen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger und beendet die Veranstaltung gegen 19:15 Uhr.

gez. Herr Fischer-Baumeister
Bezirksbürgermeister

gez. Frau Scholze
Protokollführerin